



# Bebauungsplan nach § 13a BauGB und örtliche Bauvorschriften

## Schorndorfer Straße 7 - 13

Lageplan

Maßstab 1 : 500

Vorgang: Baulinienplan von 1925

Gefertigt:  
Schorndorf, den 01.03.2019 / 17.06.2019

  
 Vermessungsbüro  
**HENN+KESSLER**  
info@henn-kessler.de  
Hauffstraße 28 Tel. 0 71 81 / 40 95-0  
73614 Schorndorf Fax 0 71 81 / 40 95-95

### Verfahrensvermerke:

Aufstellungsbeschluss vom Gemeinderat gefasst	(§ 2 Abs. 1 BauGB)	am	09.04.2019
Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses	(§ 2 Abs. 1 BauGB)	am	18.04.2019
Öffentliche Bekanntmachung der Auslegung	(§ 3 Abs. 2 BauGB)	am	18.04.2019
Öffentlich ausgelegt samt Begründung	(§ 3 Abs. 2 BauGB)	vom	26.04.2019
		bis	31.05.2019
Satzungsbeschluss vom Gemeinderat beschlossen	(§ 10 Abs. 1 BauGB)	am	25.07.2019
In Kraft getreten durch öffentliche Bekanntmachung	(§ 10 Abs. 3 BauGB)	am	26.09.2019

Der textliche und zeichnerische Inhalt dieses Bebauungsplans stimmt mit dem Satzungsbeschluss des Gemeinderats überein. Die bundes- und landesrechtlichen Verfahrensvorschriften wurden beachtet.

Ausgefertigt:  
Winterbach, den 24. SEP. 2019

  
.....  
M ü l l e r (Bürgermeister)





sonniges



# Winterbach

Jahrgang 55

Donnerstag, 26. September 2019

Nr. 39



## 19. Internationales Fest Winterbach

gemeinsam mit dem VfL, in und vor der Salierhalle

**Sonntag, 29.09. von 11.30 bis 17.00 Uhr**



### THEMA: "Wasser- Die Rems und andere Gewässer"

- 11.30 Uhr: Eröffnung mit Bürgermeister Sven Müller
- 12.00 Uhr: Gang durch die Ausstellung: Die Rems und andere Gewässer
- ab 12.30 Uhr: Malaktion „Am Ufer der Rems“ und Leseecke
- ab 14.00 Uhr: Bastelangebot: Kraken und Fische
- ab 14.00 Uhr: Griechische Live-Musik, Folklore und orientalischer Tanz zum Mitmachen, iranische Popmusik
- 14.00 bis 16.00 Uhr: Gesichtsbemalung „Wassermann und Meerjungfrau“
- ab 14.00 Uhr: „Wasserspiele“ ein Spielangebot für große und kleine Kinder
- 14.30 und 15.30 Uhr: Trommelworkshops für Kinder und Erwachsene
- 15.00 Uhr: Rems-Ratespiel auch für Erwachsene
- 16.00 Uhr: Gang durch die Ausstellung: Die Rems und andere Gewässer
- Getränkebar mit Cocktails vom Jugendhaus Millennium
- Markt mit fair gehandelten und afrikanischen Produkten

Natürlich gibt es wie jedes Jahr:

Köstlichkeiten der beteiligten Nationen, Kaffee und Kuchen vom Sprachcafé und VfL



Agenda 21  
Winterbach  
Lebenswerte Zukunft gemeinsam gestalten



ankommen

Gastfreundschaft  
für Flüchtlinge  
in Winterbach





## 05.10. + 06.10.

SA 14.00 – 18.00 Uhr

SO 11.00 – 18.00 Uhr

Informationszentrum für Streuobst und Naturschutz geöffnet

Infozentrum für Streuobst und Naturschutz

## 05.10.

20.19 Uhr

Interkommunale Nacht der offenen Kirchen

## 06.10.

18.30 Uhr

Märchen-Abend „Kulinarische Märchen“

Garten der Christengemeinschaft

14.00 – 17.00 Uhr

Museumsgarten geöffnet

Dorf- und Heimatmuseum

## Öffentliche Bekanntmachungen

### ■ Inkrafttreten des Bebauungsplans und örtliche Bauvorschriften „Schorndorfer Straße 7 - 13“

Aufgrund von § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I. S. 3634) und § 74 Abs. 7 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) vom 05.03.2010 (GBl. S. 357, ber. S. 416), zuletzt geändert durch Artikel

3 des Gesetzes vom 21.11.2017 (GBl. S. 612, 613) und § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 24.07.2000 (GBl. S. 581, ber. S. 698), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19.06.2018 (GBl. S. 221), hat der Gemeinderat in öffentlicher Sitzung am 25.07.2019 den im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB aufgestellten Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften „Schorndorfer Str. 7 - 13“ als Satzung beschlossen.

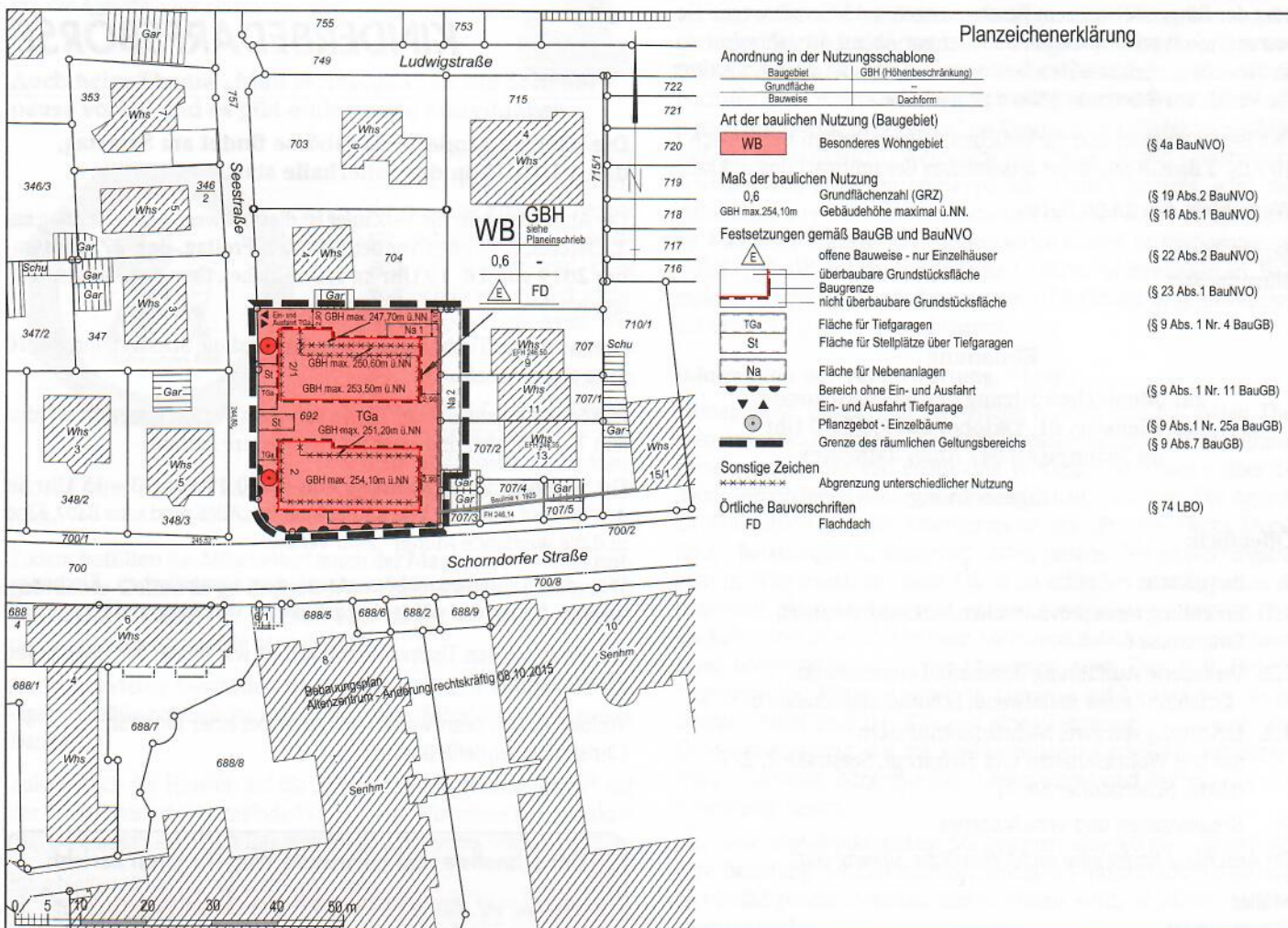
Maßgebend und rechtsverbindlich sind die zeichnerischen und textlichen Festsetzungen des Bebauungsplans und örtliche Bauvorschriften „Schorndorfer Str. 7 - 13“ des Vermessungsbüros Henn+Kessler, Schorndorf, vom 01.03.2019/ 17.06.2019.

Dem Bebauungsplan und örtlichen Bauvorschriften wird die Begründung der Gemeindeverwaltung Winterbach vom 28.03.2019 beige-fügt.

### Das Plangebiet wird begrenzt (s. Übersichtsplan!):

An der Nordseite durch die Grundstücke Seestraße 4 (Flst. Nr. 704) und Ludwigstraße 4 (Flst. Nr. 715); im Osten durch die Grundstücke Schorndorfer Str. 9 (Flst. Nr. 707), Schorndorfer Str. 11 (Flst. Nr. 707/1) und Schorndorfer Str. 13 (Flst. Nr. 707/2) und die Garage auf Grundstück Schorndorfer Str. 11/1 (Flst. Nr. 707/3); im Süden durch den Gehweg der Schorndorfer Straße (Flst. Nr. 700/2); im Westen durch die Seestraße (Flst. Nr. 757).

Der Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften „Schorndorfer Str. 7 - 13“, sowie die Begründung werden im Bürgermeisteramt Winterbach (Bauamt, 1. OG, Zimmer 1.5), Marktplatz 2, 73650 Winterbach, während den üblichen Öffnungszeiten zur Einsicht für jedermann bereitgehalten. Auch auf der Homepage der Gemeinde Winterbach sind diese eingestellt.





Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche im Falle der in den §§ 39-42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile, deren Leistung schriftlich beim Entschädigungspflichtigen zu beantragen ist, und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen, wenn der Antrag nicht innerhalb einer Frist von 3 Jahren gestellt ist, wird hingewiesen.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung der im § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 - 3 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes oder aber nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtlicher Mangel des Abwägungsvorgangs nur beachtlich werden, wenn sie innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung von Rechtsvorschriften oder den Mangel des Abwägungsvorgangs begründen soll, ist darzulegen.

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder von aufgrund der GemO erlassenen Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen dieser Satzung ist nach § 4 Abs. 4 Gemeindeordnung in der Fassung vom 24.07.2000 (GBl. S. 581, ber. S. 698), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19.06.2018 (GBl. S. 221), unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich und unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung bei der Gemeinde Winterbach, Marktplatz 2, 73650 Winterbach, geltend gemacht worden ist. Wer die Jahresfrist, ohne tätig zu werden, verstreichen lässt, kann eine etwaige Verletzung gleichwohl auch später geltend machen, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind oder der Bürgermeister dem Beschluss nach § 43 GemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat oder vor Ablauf der Jahresfrist die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder ein Dritter die Verfahrensverletzung geltend gemacht hat.

Der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften treten nach § 10 Abs. 3 BauGB mit dieser ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.

Winterbach, den 24.09.2019

gez. Müller  
Bürgermeister

### Einladung

**zur öffentlichen Sitzung des Bauausschusses  
am Dienstag, 01. Oktober 2019, 18:30 Uhr  
im Sitzungssaal des Alten Rathauses**

### Tagesordnung

#### Öffentlich:

1. Baugesuche
  - 1.1. Errichtung eines provisorischen Verkaufscontainers, Ritterstraße 6
  - 1.2. Veränderte Ausführung Rossmann Drogeriemarkt - Errichtung einer Brandwand, Schorndorfer Straße 16
  - 1.3. Errichtung von zwei Mehrfamilienhäusern mit je 8 Wohneinheiten und Tiefgarage, Seestraße 2, 2/1 (ehem. Schorndorfer Str. 7)
2. Bekanntgaben und Verschiedenes

*Im Anschluss findet eine nichtöffentliche Sitzung statt.*

Müller  
Bürgermeister

## Glückwünsche

### Altersjubilare

26.09.	Erika Rühling	75
27.09.	Ernst Weinmann Ingeborg Hager	75 75
29.09.	Sibylle Rayß	75

## Neues aus Winterbach

### ■ Jugendfeuerwehr sucht Mostobst

Die Jugendfeuerwehr Winterbach sucht Mostobst, welches Sie uns gerne spenden möchten. Wir wollen das Obst aufsammeln und abgeben, um unsere Jugendkasse etwas aufzubessern.

Mit dem Erlös planen wir den nächsten Jugendfeuerwehr-Ausflug.

Wenn Sie uns gerne Ihr Obst überlassen möchten, melden Sie sich bitte unter 0175-8963921 oder [Jugendwart@feuerwehr-winterbach.de](mailto:Jugendwart@feuerwehr-winterbach.de).

Vielen Dank!

Ihre Jugendfeuerwehr Winterbach



## KINDERBEDARFSBÖRSE

**Die nächste Kinderbedarfsbörse findet am Samstag, den 12.10.19 in der Salierhalle statt.**

Die Anmeldung für die Verkäufer ist diesmal wegen dem Feiertag am 3. Oktober, 2 Wochen vor der Börse am **Freitag, den 27. September 2019 von 18- 19 Uhr** im evangelischen Gemeindehaus in Winterbach.

Hier wird eine Tischnummer vergeben und die Standgebühr von 10 Euro abgerechnet.

Es können maximal zwei Tische von einer Person reserviert werden (ein Tisch für sich und einer für eine weitere Person).

Die Salierhalle ist am **Samstag, den 12.10.19 von 13 – 15 Uhr** für den Einkauf geöffnet. Wie immer kommt „Alles rund ums Baby, Kind und die werdende Mutter“ zum Verkauf.

Wir, das Kinderbedarfsbörsenteam der evangelischen Kirchengemeinde, freuen uns wieder auf zahlreiche Verkäufer und Einkäufer.

Der Erlös aus den Tischvermietungen ist wie immer für einen guten Zweck bestimmt!

Weitere Fragen beantworten wir gerne bei einer Email an: [Christine.woehrle@elkw.de](mailto:Christine.woehrle@elkw.de)

**Der schnellste und bequemste Weg für Ihren Bericht:**  
**[www.amsblatt-redaktion.de](http://www.amsblatt-redaktion.de)**



# RECHTSGRUNDLAGE DER FESTSETZUNGEN

BauGB	Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634)
BauNVO	Baunutzungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786)
PlanzV	Planzeichenverordnung 1990 vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I S. 58) zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 04.05.2017 (BGBl. I S. 1057)
LBO	Landesbauordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 05.03.2010 (GBl. S. 357, ber. S. 416), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.11.2017 (GBl. S. 612, 613)
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 29.07.2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.09.2017 (BGBl. I S. 3434).

## TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

In Ergänzung der zeichnerischen Darstellung des Bebauungsplanes werden folgende Festsetzungen getroffen:

### 1. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN (§ 9 BauGB u. BauNVO)

#### 1.1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

WB - Besonderes Wohngebiet (§ 4a BauNVO)

Zulässig sind die Nutzungen nach § 4a Abs. 2 BauNVO:

- Wohngebäude,
- Geschäfts- und Bürogebäude,
- Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, und gesundheitliche Zwecke.

Nutzungen nach § 4a Abs. 2 Nr. 2 und 3 BauNVO und Teil nach § 4a Abs. 2 Nr. 5 BauNVO sind gemäß § 1 Abs. 5 BauNVO nicht zulässig:

- Läden, Betriebe des Beherbergungsgewerbe, Schank- und Speisewirtschaften,
- Sonstige Gewerbebetriebe,
- Anlagen für sportliche Zwecke.

Ausnahmen nach § 4a Abs. 3 BauNVO sind gemäß § 1 Abs. 6 BauNVO nicht Bestandteil des Bebauungsplans und somit nicht zulässig.

Das sind folgende Nutzungen:

- Anlagen für zentrale Einrichtungen der Verwaltung,
- Vergnügungsstätten, sowie sie nicht wegen ihrer Zweckbestimmung oder ihres Umfangs nur in Kerngebieten allgemein zulässig sind.
- Tankstellen.

#### 1.2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und § 16 Abs. 2 BauNVO)

##### 1.2.1 Gebäudehöhen (GBH) (§ 18 BauNVO)

Die Gebäudehöhe der Hauptgebäude wird festgesetzt durch:

- Festlegung der max. Gebäudehöhe (z.B. GBH max. 251,20 m ü.NN.) bis zur Oberkante Attika.

Ausgenommen hiervon sind notwendige Geländer (Brüstungen), technische Aufbauten und Kamine.

##### 1.2.2 Grundflächenzahl (GRZ) = 0,6 (§ 19 BauNVO)

Ausnahmsweise sind Tiefgaragen und ihre Zufahrten bei der Grundflächenzahl nach § 19 Abs. 4 BauNVO nicht mitzurechnen, wenn

- Tiefgaragen mit einer Erdüberdeckung von mind. 30 cm ausgeführt sind,
- Zufahrten aus wasserdurchlässigem Material hergestellt sind,
- Dächer der Wohngebäude extensiv begrünt sind.

#### 1.3. Bauweise (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB und § 22 BauNVO)

E = offene Bauweise (§ 22 Abs. 2 BauNVO)  
zulässig sind nur Einzelhäuser.



#### **1.4. Überbaubare Grundstücksfläche** (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

Die überbaubaren Grundstücksflächen sind durch Baugrenzen festgelegt. Balkone dürfen die Baugrenze bis max. 2,00 m überschreiten.

#### **1.5. Tiefgaragen, Stellplätze und Nebenanlagen** (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB)

Tiefgaragen (TGa), Stellplätze (St) und Nebenanlagen (Na) sind nur innerhalb der dafür festgesetzten Flächen und innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.

Na 1 Fläche für Fahrradabstellraum

Na 2 Fläche für Sichtschutteinrichtung (siehe Einfriedungen Pkt. 2.3.3)

#### **1.6. Anpflanzen von Bäumen und sonstige Bepflanzungen** (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB)

##### **1.6.1 Einzelbäume**

An den im Lageplan festgesetzten Einzelstandorten sind einheimische, mittelgroße Laubbäume (Hochstamm) zu pflanzen. Die Standorte sind bis zu 5 m veränderbar.

##### **1.6.2 Freiflächen zwischen der öffentlichen Verkehrsfläche und den geplanten Gebäuden, die nicht als Stellplätze, Zufahrten oder Wege benötigt werden, sind unversiegelt zu belassen und gärtnerisch als Zier- oder Nutzgarten anzulegen.**

Mit Steinen (Schottergarten) bedeckte Flächen sind im Bereich dieser Freiflächen nicht zulässig.

##### **1.6.3 Dachbegrünung**

Auf Flachdächern ist eine extensive Dachbegrünung mit einer Substratmächtigkeit von mindestens 10 cm anzulegen.

Ausgenommen sind Dachzugänge, Dachterrassen und technische Aufbauten.

## **2. ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN**

(§ 9 Abs. 4 BauGB und § 74 Abs. 1 und 7 LBO)

#### **2.1. Dachform und Dachneigung** (§ 74 Abs. 1 Nr. 1 LBO)

Flachdach mit 0 - 5° Dachneigung mit extensiver Begrünung.

#### **2.2. Äußere Gestaltung der Gebäude** (§ 74 Abs. 1 Nr. 1 LBO)

##### **2.2.1 Außenfassaden:**

Die Außenfassaden sind in hellen Weißfarben mit anthrazitfarbenen Fensterabsetzungen auszuführen.

##### **2.2.2 Die Installation von Energiegewinnungsanlagen (Solar- und Photovoltaikanlagen) auf den Dachflächen ist zugelassen. Die Solar- und Photovoltaikanlagen dürfen bis zu einer Höhe von 1,0 m aufgeständert werden, diese sind aber vom Dachrand mind. 3,0 m zurück zu versetzen.**

##### **2.2.3 Werbeanlagen sind nur an der Stätte der Leistung bis max. 1 m<sup>2</sup> Größe zulässig. Fassadenbeschriftungen sind nicht zulässig. Hausnummern sind hiervon ausgenommen.**

#### **2.3. Einfriedungen** (§ 74 Abs. 1 Nr. 3 LBO)

##### **2.3.1 Mit Einfriedungen entlang der öffentlichen Verkehrsfläche ist ein Abstand von mindestens 0,50 m einzuhalten. Zulässige Höhe max. 0,80 m über Straßenniveau.**

##### **2.3.2 Einfriedungen entlang der nördlichen Grundstücksgrenze (Flst. 704) sind mit einer Höhe von maximal 1,20 m über Gelände zulässig.**

##### **2.3.3 Sichtschutteinrichtungen (Na 2) sind bis zur Höhe von 1,80 m über bestehenden Gelände zulässig.**

#### **2.4. Gestaltung der Außenanlagen und Stellplätze** (§ 74 Abs. 1 Nr. 3 LBO)

Die nicht überbauten Grundstücksflächen sind mit Ausnahme der Erschließungsflächen und Stellplatzflächen gärtnerisch anzulegen (siehe Freiflächen Pkt. 1.6.2).



Erschließungsflächen (Garagenzufahrten, Wege) und oberirdische Stellplätze dürfen nur mit wasserdurchlässigen Belägen (Abflussbeiwert mind. 0.5) hergestellt werden. Wasserdurchlässige Beläge sind z.B. Rasensteine, Spurplatten, Schotterrasen, Pflasterbeläge mit breiten Fugen u.ä.

## **2.5. Aufschüttungen und Abgrabungen** (§ 74 Abs. 1 Nr. 3 LBO)

Veränderungen des vorhandenen Geländes durch Aufschüttungen und Abgrabungen sind nur bis max. 1,0 m zugelassen, in begründeten Fällen sind Ausnahmen nach § 56 Abs. 3 LBO möglich. Für die Zufahrten zu den Garagen sind die erforderlichen Abgrabungen bzw. Aufschüttungen zulässig. An den Grundstücksgrenzen ist ein harmonischer Ausgleich zum Gelände auf den Nachbargrundstücken vorzunehmen. Geländeänderungen müssen im ganzen Ausmaß in den Bauvorlagen dargestellt werden.

## **2.6. Außenantennen** (§ 74 Abs. 1 Nr. 4 LBO)

Je Wohngebäude ist max. 1 Außenantenne und 1 Satellitenempfangsanlage zulässig. Bei Errichtung einer Satellitenempfangsanlage auf dem Dach eines Gebäudes ist diese Anlage farblich an die Dachfarbe anzugleichen, Werbehinweise auf der Anlage sind nicht zulässig.

## **2.7. Niederspannungsfreileitungen** (§ 74 Abs. 1 Nr. 5 LBO)

Im gesamten Plangebiet sind Niederspannungsfreileitungen nicht zugelassen.

## **2.8. Stellplatzverpflichtung** (§ 74 Abs. 2 Nr. 2 LBO)

Notwendige Kfz-Stellplätze für Wohnungen, in Abhängigkeit von der Wohnungsgröße, werden wie folgt festgesetzt:

- Wohnfläche bis zu 50 m <sup>2</sup>	1,0 Stellplatz / Wohnung
- Wohnfläche über 50 m <sup>2</sup> bis 110 m <sup>2</sup>	1,5 Stellplätze / Wohnung
- Wohnfläche über 110 m <sup>2</sup>	2,0 Stellplätze / Wohnung

Ergibt diese Berechnung Nachkommastellen, so ist aufzurunden.

## **2.9. Oberflächenwasser** (§ 74 Abs. 3 Nr. 2 LBO)

Anfallendes Oberflächenwasser der Dachflächen ist mittels Zisterne als Brauchwasser zu sammeln. Je Gebäude ist ein Wasserspeicher von mindestens 5 m<sup>3</sup> Fassungsvermögen vorzuhalten.

# **3. HINWEISE**

**3.1.** Werden bei Erdbewegungen Untergrundverunreinigungen oder Altlasten festgestellt, so ist das dem Landratsamt Amt für Umweltschutz sowie dem Gesundheitsamt mitzuteilen. Bei der Durchführung von Baumaßnahmen ist das Merkblatt „Bodenschutz bei Baumaßnahmen“ des Rems-Murr-Kreises zu beachten. (Download unter [www.rems-murr-kreis.de](http://www.rems-murr-kreis.de)).

**3.2.** Eine dezentrale Beseitigung von Niederschlagswasser durch Versickerung ist vorzusehen, sofern die Ergebnisse der hydrologischen Erkundung dies zulassen. Details sind im Rahmen der Baugesuche mit der unteren Wasserbehörde beim Landratsamt abzustimmen. Auf das anliegende Hinweisblatt Nr. 9 "Versickerung von Oberflächenwasser" wird in diesem Zusammenhang verwiesen.

**3.3.** Wird im Zuge von Baumaßnahmen unerwartet Grundwasser erschlossen, so sind die Arbeiten, die zur Erschließung geführt haben, unverzüglich einzustellen und das Landratsamt als untere Wasserbehörde zu benachrichtigen. Jede Grundwasserhaltung im Zuge einer Baumaßnahme bedarf unabhängig von Menge und Dauer der Zustimmung der unteren Wasserbehörde. Ein Wasserrechtsverfahren kann erforderlich werden.

**3.4.** Beim Vollzug der Planung können bisher unbekannte Funde entdeckt werden. Diese sind unverzüglich einer Denkmalschutzbehörde oder der Gemeinde anzuzeigen. Der Fund und die Fundstelle sind bis zum Ablauf des vierten Werktages nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten, sofern nicht das Landratsamt Rems-Murr-Kreis als Denkmalschutzbehörde mit einer Verkürzung der Frist einverstanden ist (§ 20 DSchG).